

Niederschrift öffentlicher Teil

Der Hauptausschuss führte seine Sitzung am Dienstag, dem 02.02.2021, im Saal des Verwaltungsgebäudes in der Ernst-Thälmann-Straße 10, Hansestadt Osterburg (Altmark) durch.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:44 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Vorsitz

Schulz, Nico

Stimmberechtigte Mitglieder

Emanuel, Jürgen

Fritze, Mathias

Handtke, Michael

Matzat, Sandra

Müller, Matthias

Schulz, Thorsten

Verwaltungsangehörige

Köberle, Matthias

Kränzel, Detlef

Müller, Anke

Gäste

Altmark-Zeitung

Osterburger Volksstimme

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Hauptausschusses vom 01.12.2020
4. Einwohnerfragestunde
5. Abschluss eines Vertrages über die Errichtung und den Betrieb eines RuheForstes Krumke/Altmark
Vorlage: III/2020/195

6. Widmung einer Waldfläche als Friedhof zum RuheForst Krumke/Altmark
Vorlage: III/2020/194
7. Friedhofsatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) für die Benutzung des RuheForst Krumke/Altmark
Vorlage: III/2020/177
8. Beschluss einer Schulkostenvereinbarung für die Grundschule in Flessau
Vorlage: III/2020/202
9. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Hansestadt Osterburg (Altmark) für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: III/2020/199
10. Information Mittelverteilung "Corona-Hilfsfonds" 2020
Vorlage: III/2021/210
11. Beschluss zur Annahme einer Spende
Vorlage: III/2021/208
12. Neugestaltungsgrundsätze im Flurbereinigungsverfahren "A14 - Drüsedau"
Vorlage: III/2020/188
13. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Solarpark Zedau"
Vorlage: III/2020/204
14. Beschluss über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Wohngebiet "Seehäuser Straße" in Osterburg nach §§ 1 i.V.m.2 BauGB
Vorlage: III/2021/197
15. Änderung des Aufstellungsbeschlusses Nr. III/2020/163 um die Verkleinerung des Geltungsbereiches
Vorlage: III/2021/206
16. Informationen des Bürgermeisters
17. Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind alle 7 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

2. **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 14 von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Sitzung zu beraten. Er erläutert dies. Nachdem es keine Anfragen und weitere Änderungsanträge gibt, lässt der Vorsitzende über die Tagesordnung in der geänderten Form abstimmen. Sie wird mit 7 Ja-Stimmen festgestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Hauptausschusses vom 01.12.2020

Die Niederschrift wird mit 7 Ja-Stimmen festgestellt.

4. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner aus der Ortschaft Osterburg spricht sich dafür aus, dass im Zuge des Autobahnbaus vermehrt Windschutzstreifen angelegt werden sollten. Des Weiteren empfiehlt er, Stauanlagen zur Regulierung des Abflusses von Niederschlagswasser zu errichten, welche gesetzlich bisher nicht vorgesehen sind.

Der Vorsitzende erklärt, dass im Zuge des Flurneuordnungsverfahrens Heckenpflanzungen unter anderem in dem Bereich zwischen Osterburg und Zedau vorgesehen sein. Er spricht sich dafür aus zu prüfen, ob weitere Maßnahmen möglich sind.

Zu den Stauanlagen merkt er an, dass dafür wahrscheinlich das Wassergesetz des Landes geändert werden müsse, weil dieses nur einen ordnungsgemäßen Abfluss des Niederschlagswassers fordert.

Eine Anwohnerin aus der Karl-Liebknecht-Straße gibt an., dass Mitarbeiter des Kindergartens der Borghardt-Stiftung den Müll der Einrichtung in den Abfallbehältern der Anwohner ablegen würden. Des Weiteren würden die Mitarbeiter des Kindergartens sehr viele Parkplätze in Anspruch nehmen, sodass die Anwohner nicht mehr parken können, Sie hat weiterhin Bedenken bezüglich der geplanten Einziehung des Otto-Nuschke-Weges, da sie befürchte, dass die Nutzung der Wege zwischen den Wohnblöcken weiter zunehmen wird. Diese seien aber gar keine öffentlichen Wege und würden unter der vermehrten Nutzung leiden.

Der Vorsitzende erklärt, dass es Gespräche mit dem Kindergartenbetreiber geben wird und dass die Parkplatzsituation geprüft werden solle.

Eine weitere Anwohnerin aus der Karl-Liebknecht-Straße gibt an, dass der Kindergarten nachts sehr stark beleuchtet sei und dies beim Schlafen störe. Außerdem sei der Weg vor dem Haus, in dem sie wohnt bei den Bauarbeiten an dem Kindergarten stark beschädigt worden. Die verursachten Mängel seien bisher nicht behoben worden.

Der Vorsitzende erklärt, dass auch dies geprüft werde.

Weitere Einwohnerfragen gibt es nicht.

5. Abschluss eines Vertrages über die Errichtung und den Betrieb eines RuheForstes Krumke/Altmark Vorlage: III/2020/195

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und schlägt vor die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 gemeinsam zu diskutieren.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass das Flurstück, um das es geht, durchgängig mit „41/0“ zu bezeichnen ist. Wo dieses in den Unterlagen mit „40/0“ bezeichnet ist, ist die Angabe zu korrigieren.

Der Vorsitzende informiert außerdem darüber, dass der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten die drei Vorlagen mit 5 Ja-Stimmen bei jeweils 2 Enthaltungen befürwortet hat. Im Ortschaftsrat Osterburg findet die Beratung am 08.02.2021 statt.

Frau Matzat merkt an, dass sie die Beteiligung der Stadt in Höhe von 2,5 Prozent für zu niedrig halte.

Der Vorsitzende erwidert, dass die Beschlussfassung erfolge, weil es in der Bevölkerung Osterburgs einen Bedarf für neue Formen der Bestattung gebe und dass es nicht um finanzielle Aspekte gehe. Die Einrichtung des Ruheforstes sei auch gut für den bestehenden Wald, da dieser die Erntereife erreicht habe und ansonsten einer forstwirtschaftlichen Nutzung zugeführt wird.

Herr Emanuel spricht sich für den RuheForst aus. Er erachte es als sinnvoll in einer demokratischen Gesellschaft Vielfalt – eben auch in den Bestattungswünschen – zu gewährleisten. Er teile die Bedenken von Frau Matzat nicht. Auch nicht in finanzieller Hinsicht.

Herr Thorsten Schulz erklärt, dass er die Beteiligung der Stadt in Höhe von 2,5 Prozent der Bestattungskosten für etwas zu gering halte.

Herr Fritze spricht sich für die Einrichtung des RuheForstes aus. Seiner Meinung nach führe diese zu einer Win-Win-Situation für die Stadt und für den künftigen Betreiber.

Weitere Fragen und Anmerkungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, den als Anlage beigefügten Vertrag über die Errichtung und den Betrieb eines RuheForstes Krumke/Altmark zwischen Herrn Adrian von Bernstorff und der Hansestadt Osterburg (Altmark) abzuschließen.

ungeändert beschlossen
Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0

6. Widmung einer Waldfläche als Friedhof zum RuheForst Krumke/Altmark Vorlage: III/2020/194

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf, verliest den Beschlusstext und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, die in der Anlage gekennzeichnete Waldfläche mit einer Größe von 4,5 Hektar als RuheForst Krumke/Altmark (öffentlicher Waldfriedhof) zu widmen.
Die Fläche befindet sich in der Gemarkung Krumke, Flur 1 und ist Teil des Flurstückes 41/0 mit einer Gesamtgröße von 60,5609 Hektar.
Eigentümer des Flurstückes ist Herr Adrian von Bernstorff.

ungeändert beschlossen
Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0

7. Friedhofsatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) für die Benutzung des RuheForst Krumke/Altmark
Vorlage: III/2020/177

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf, verliest den Beschlusstext und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Friedhofsatzung der Hansestadt Osterburg (Altmark) für die Benutzung des RuheForstes Krumke/Altmark.

ungeändert beschlossen
Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0

8. Beschluss einer Schulkostenvereinbarung für die Grundschule in Flessau
Vorlage: III/2020/202

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und leitet in die Thematik ein. Anschließend erteilt er Frau Müller das Wort, welche die Angelegenheit ausführlicher erläutert.

In einer kurzen Aussprache sprechen sich die Ausschussmitglieder grundsätzlich für die Vereinbarung aus, da der Grundschulstandort Flessau durch die höhere Schülerzahl, die mit der Beschulung der schulpflichtigen Kinder aus der Verbandsgemeinde Seehausen sehr stark profitiere und somit gesichert werden könne.

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Vereinbarung zur Aufnahme von Grundschulern an der Grundschule in Flessau und zur Kostenregelung zwischen der Verbandsgemeinde Seehausen (Altmark) und der Hansestadt Osterburg (Altmark).

ungeändert beschlossen
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

**9. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Hansestadt Osterburg
(Altmark) für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: III/2020/199**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel erläutert den Haushalt anhand einer Präsentation.

Anschließend gibt es Fragen.

Herr Handtke erkundigt sich nach der Höhe der allgemeinen Zuweisung, weil ihm die Zahl in der Präsentation zu niedrig erscheint.

Herr Kränzel wird dies prüfen. Er gehe davon aus, dass es sich lediglich um einen Tippfehler handelt.

Frau Matzat erkundigt sich, warum die Abschreibungen und Sonderposten in ihrer Höhe variieren.

Herr Kränzel erläutert die Zusammenhänge. Dabei merkt er an, dass das Diagramm bezüglich der Investitionen korrigiert werden muss. Er werde dies veranlassen.

Herr Kränzel erklärt weiterhin, dass zur Investitionsaufteilung zwischen Stadt und Land korrigierte Tabellen ausgegeben worden sind.

Der Vorsitzende dankt Herrn Kränzel für seine Ausführungen.

Frau Matzat erkundigt sich ob die 6.000.000 € (Ergebnisrücklage) tatsächlich vorhanden sind.

Herr Kränzel erläutert noch einmal was die Ergebnisrücklage ist und wie diese gebildet wird.

Frau Matzat fragt nach, ob auch über Einsparmöglichkeiten nachgedacht worden sei.

Der Vorsitzende bestätigt dies. Es habe über viele Wochen hinweg Beratungen gegeben, um möglichst wirtschaftliche und sparsame Lösungen zu finden. Außerdem sei die Lage der Verschuldung in den letzten Jahren stetig verbessert worden und die Stadt stehe im Vergleich mit anderen Kommunen sehr gut da. Die Regelungen zu den Kommunal финанzen müssten seiner Ansicht nach auf Landesebene dringend geändert werden.

Herr Handtke geht auf die Anmerkungen von Frau Matzat ein und erklärt, dass der Finanzausschuss für Anregungen immer dankbar sei. Es gebe allerdings auch äußere Einflüsse, die man nicht ändern könne. Er weist auch darauf hin, dass in den letzten Jahren das Ergebnis stets besser war, als die Planung vermuten ließ.

Herr Handtke verliest einen Antrag der CDU-Fraktion, der dazu dienen soll, eine öffentliche Toilette im Stadtgebiet einzurichten. Anschließend übergibt er den schriftlichen Antrag dem Bürgermeister.

Herr Kränzel schlägt vor, den Beschlusstext dieses Antrages dahingehend zu ändern, dass die Einrichtung der Toilette innerhalb des Finanzrahmens des zu beschließenden Haushaltes umgesetzt werden soll.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass man sich bis zur anstehend Stadtratssitzung Gedanken machen solle, wie das Ziel am besten erreicht werden kann.

Herr Emanuel erklärt, dass er erschrocken über die Berichterstattung der Presse in den letzten Wochen war. Man hätte den Eindruck gewinnen können, dass Osterburg in zwei bis drei Jahren pleite ist.

Außerdem merkt er an, dass man sich Beträge wie 850.000 € (Erhöhung der Kreisumlage) und ca. 1.000.000 € (nicht mehr erhaltene Schlüsselzuweisung) nicht einfach „ersparen“ könne.

Auch Herr Müller sieht die Finanzsituation ähnlich und gibt an, dass man seiner Ansicht nach schon vor größeren Problemen gestanden hätte.

Er bittet darum, im Haushaltsplan den Punkt Straßenreinigung zu prüfen. Die öffentliche Toilette halte er auch für ein Problem, das dringend einer Lösung bedarf. Des Weiteren habe er das Projekt „MonaLisa“ im Haushaltsplan nicht finden können.

Herr Kränzel gibt an, dass er dies bis zur Stadtratssitzung darstellen werde.

Schließlich merkt Herr Müller an, dass in den Investitionsübersichten der vergangenen Jahre der Spielplatz in Gladigau für das Jahr 2022 vorgesehen gewesen wäre und dass er über die neue Aufteilung der Mittel zwischen Stadt und Land nicht glücklich sei. Dies müsse in den Folgejahren zumindest ausgeglichen werden.

Herr Kränzel wird die Angelegenheit bezüglich des Spielplatzes prüfen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die neue Aufteilung der Investitionsmittel noch einmal erklärt werden wird.

Er sei von der Regelung im Gebietsänderungsvertrag, die diese Aufteilung vorsieht, auch nicht mehr so überzeugt wie im Jahre 2009 und spricht hierbei Investitionen an, die in der Stadt getätigt werden, aber allen Einwohnern der Gemeinde dienen, wie zum Beispiel Parkplätze u. ä.

Frau Matzat erkundigt sich nach dem Punkt „Zuwendungen an Fraktionen“.

Der Vorsitzende erklärt, dass dieser Punkt aufgenommen werden muss, auch wenn keine Zuwendungen gezahlt werden. Dies sei vorgeschrieben.

Frau Matzat erbittet außerdem Informationen zu den Wirtschaftsplänen und Bilanzen der kommunalen Unternehmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Anmerkung überprüft werde.

Herr Handtke schlägt vor, im nächsten Haushaltsplan eine Stabsstelle im Bauamt vorzusehen, die sich um Fördermittel kümmert. Es bestehe die Gefahr, dass Programme ansonsten nicht genutzt oder gar nicht erst gefunden werden.

Herr Emanuel unterstützt dies. Stellt aber noch einmal klar, dass dies erst im nächsten Jahr erfolgen sollte.

Weitere Fragen und Anmerkungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und lässt abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Hansestadt Osterburg (Altmark) für das Haushaltsjahr 2021.

ungeändert beschlossen
Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0

**10. Information Mittelverteilung "Corona-Hilfsfonds" 2020
Vorlage: III/2021/210**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Kränzel das Wort.

Herr Kränzel erläutert die Regelungen des Fonds noch einmal für die Ausschussmitglieder.

Frau Matzat erkundigt sich, warum bei einem Antrag der Finanzplan fehlte. Herr Kränzel erläutert dies. Die Finanzpläne wären inhaltlich sehr unterschiedlich gewesen, sodass 1 Finanzplan nachgefordert werden musste.

Herr Emanuel erkundigt sich noch einmal zu der 1.000-EURO-Regel im Beschluss. Herr Kränzel erläutert dies.

Herr Müller erklärt, dass er Nachfragen an den Kämmerer gerichtet hätte. Er glaube nicht, dass ein Verein in eine Notlage geraten sei. Er wolle aber an dieser Stelle nicht weiter darauf eingehen, weil es nur eine Information gebe. Er bittet den Bürgermeister darum, für dieses Jahr einen ähnlichen Fond aufzulegen, wobei Vereine, die bereits 2020 Mittel erhalten haben, in der Priorisierung weiter nach unten rutschen sollen.

Herr Kränzel weist darauf hin, dass die Mittel aus einem Rahmensponsoringvertrag stammten und der Hilfsfond nach Abstimmung mit dem Sponsor aufgelegt worden sei. Er rege an, dass dieselben Kriterien wie 2020 angesetzt werden sollen, Die Antragsfrist, welche am 31. März endet, sollte aber verschoben werden.

Herr Thorsten Schulz merkt an, dass er die von Herrn Müller vorgeschlagene Verschiebung auf der Liste, welche Vereine, die 2020 schon Mittel erhalten haben, benachteilige, nicht für richtig halte.

Herr Müller merkt an, dass er einen Hilfsfond besser finden würde, da ansonsten die Vereine der Ortschaft Krevese eine Bevorzugung erfahren würden.

Herr Kränzel erklärt, dass dies nur der Fall sei, wenn mehr Mittel beantragt werden, als zur Verfügung stehen.

Weitere Fragen und Anmerkungen gibt es nicht.

11. Beschluss zur Annahme einer Spende Vorlage: III/2021/208

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und verliest den Beschlusstext.

Es gibt keine Fragen der Ausschussmitglieder.
Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlusstext:

Der Hauptausschuss beschließt die Spende der Firma SBK Schädlingsbekämpfung Dietrich in Höhe von 1.000,00 EUR für die Anschaffung weiterer Weihnachtsbeleuchtung anzunehmen.

ungeändert beschlossen
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

12. Neugestaltungsgrundsätze im Flurbereinigungsverfahren "A14 - Drüsedau" Vorlage: III/2020/188

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und informiert darüber, dass der Bauausschuss und auch der Ausschuss für Finanzen und Ordnungsangelegenheiten die Vorlage einstimmig befürwortet haben.

Der Ortschaftsrat Krevese tagte am 15.02.2021.

Es gibt keine Fragen.

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) beschließt den Neugestaltungsgrundsätzen für das Flurbereinigungsverfahren „A14 – Drüsedau“, Verfahrens-Nr.: 37SAW 807 nach § 38 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) vom 30.10.2020 mit folgender Abweichung zuzustimmen:

Die Entwurfparameter der Richtlinie für den Ländlichen Wegebau von August 2016 (RLW 2016), die als nutzbare Fahrbahnbreite für Hauptwirtschaftswege mindestens 3,50 m vorsehen, sind als Mindestanforderung für alle ländlichen Wege umzusetzen.

ungeändert beschlossen
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

13. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Solarpark Zedau"
Vorlage: III/2020/204

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und leitet in die Thematik ein. Nachdem es keine Fragen gibt, verliest er den Beschlusstext und lässt über die Vorlage abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) billigt den Entwurf des Bebauungsplanes „Solarpark Zedau“ der Ortschaft Osterburg einschließlich Begründung und Umweltbericht und beschließt:

1. Die während der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und § 4 Abs. 1 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit folgendem Ergebnis geprüft: Berücksichtigt werden alle die in Anlage 03 der Begründung -18 Seiten- aufgeführten Stellungnahmen

2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Zedau“ bestehend aus:

*Begründung 12/2020

*Planzeichnung 12/2020

*gutachterliche Standortfeststellung 23.07.2018

*Umweltbericht 12/2020

*Vorhaben –und Erschließungsplan zum Bebauungsplan 12/2020

werden mit den Änderungen, die sich aus der Abwägung ergeben, gebilligt.

3. Die öffentliche Auslegung o.g. Entwurfes einschließlich Begründung, Umweltbericht und den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB.

Die Nachbargemeinden sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 2 Abs.2 und 4 Abs. 2 BauGB mit dem Entwurf des Bebauungsplanes und den dazu gehörenden o.g. Berichten und Gutachten zur Abgabe einer Stellungnahme aufzufordern. Sie sind ferner gemäß § 3 Abs. 2 Satz 3 BauGB über die öffentliche Auslegung zu benachrichtigen.

Die Verwaltung wird beauftragt, Ort und Dauer der Auslegung mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan „Solarpark Zedau“ unberücksichtigt bleiben können, sofern die Gemeinde deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bauleitplans nicht von Bedeutung ist.

Gemäß § 4a Abs. 4 BauGB ist der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB und die nach § 3 Absatz 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen

zusätzlich in das Internet einzustellen und über ein zentrales Internetportal des Landes zugänglich zu machen (vgl. Rundverfügungen Nr. 10/2017 und 21/2017).

ungeändert beschlossen
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

**14. Beschluss über die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Wohngebiet "Seehäuser Straße" in Osterburg nach §§ 1 i.V.m.2 BauGB
Vorlage: III/2021/197**

zurückgestellt

**15. Änderung des Aufstellungsbeschlusses Nr. III/2020/163 um die Verkleinerung des Geltungsbereiches
Vorlage: III/2021/206**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erläutert den Vorgang. Dabei geht er darauf ein, dass die Erschließung über die Wiesenstraße und den Schwarzen Weg erfolgen soll. Dieser sei dazu auszubauen und anschließend an die Stadt zu übertragen.

Der Bauausschuss habe den Beschlussvorschlag mit 5 Ja-Stimmen, ohne Gegenstimme und Enthaltungen befürwortet.

Es gibt keine Fragen.

Der Vorsitzende verliest den Beschlusstext und lässt abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg beschließt:

1. Den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Wohnbebauung „Am Werder“, wie im Lageplan-Anlage 1 dargestellt, zu verringern
2. Das Bauleitplanverfahren wird im beschleunigten Verfahren nach §§ 2 (1) i.V.m. 13a BauGB – Bebauungspläne der Innenentwicklung – im Parallelverfahren nach § 8 (3) BauGB, unter Berücksichtigung der Anpassung der Ziele der Raumordnung, durchgeführt
3. Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung im Sinne des § 3 Abs.1 BauGB findet statt
4. Zur Übernahme der finanziellen Auswirkungen durch den Vorhabenträger ist ein städtebaulicher Vertrag gem. § 11 BauGB abzuschließen.

ungeändert beschlossen
Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

16. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert wie folgt:

- a.) Der Landkreis Stendal hat am 05.01.2021 die Nutzung des Spielplatzes auf dem Gelände der Anne-Frank-Schule für die Öffentlichkeit untersagt.
- b.) In der kommenden Stadtratssitzung wird es einen Beschlussvorschlag zum Erlass der Kostenbeiträge für die Kitas geben.
- c.) Zum Projekt LandVersorgt ist der Bewilligungsbescheid eingetroffen und veröffentlicht worden.

Weitere Informationen gibt es nicht.

17. Anfragen und Anregungen

Frau Matzat erkundigt sich, ob die Kostenbeiträge für aller erlassen werden sollen. Der Vorsitzende erklärt, dass darüber im Stadtrat entschieden werde.

Herr Handtke merkt an, dass am Kindergarten der Borghardstiftung der Winterdienst nicht erledigt worden sei.

Weitere Anfragen und Anregungen gibt es nicht.

gezeichnet
Nico Schulz
Vorsitzender

gezeichnet
Heiko Steffens
Protokollant